TOP 3.7.3 Ergebnisse des EuGH-Gutachtens zum Handels- und Investitionsabkommen der EU mit Singapur vom 16.05.2017

1. Beschreibung der Problematik

Das lange erwartete Gutachten des EuGH zum Handelsabkommen der EU mit Singapur beschäftigte sich mit der Fragestellung, ob das Handelsabkommen EU-Singapur von **der EU alleine** oder ob es von **der EU und ihren Mitgliedstaaten** unterzeichnet und abgeschlossen werden muss (alleinige EU oder gemischte Zuständigkeit zwischen EU und Mitgliedstaaten).

Der EuGH befasste sich **nicht** mit der Frage der Vereinbarkeit der Abkommensinhalte mit Unionsrecht.

Das Gutachten ist für alle weiteren Handels- und Investitionsabkommen der EU maßgeblich, einschließlich TTIP und CETA.

2. Ergebnis des EuGH-Gutachtens

Der EuGH entschied, dass es sich um ein **gemischtes Abkommen** handelt. Das Freihandelsabkommen mit Singapur kann **nicht allein von der EU abgeschlossen und unterzeichnet** werden.

Praktisch alle Bereiche des Abkommens fallen jedoch in die **ausschließliche EU-Zuständigkeit** (EU bzw Kommission). Entgegen bisheriger Vermutungen fallen darunter auch die Kapitel zur **Nachhaltigen Entwicklung (Soziales und Umwelt) sowie Verkehrsdienstleistungen**.

Nur in zwei Bereichen zum Investitionsschutz stellt der EuGH **gemischte Kompetenz** (EU und Mitgliedstaaten) fest: **Portfolioinvestitionen und Streitbeilegung** zwischen Investoren und Staaten (ISDS und MIC).

3. Fazit

- Von den vielen vermuteten mitgliedstaatlichen Kompetenzen sind gerade einmal zwei übriggeblieben. Ansonsten hat die EU nun die ausschließliche Regelungskompetenz.
- Beide, **Portfolioinvestitionen und Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS und MIC)**, sind auch **politisch extrem strittig** und die EU sollte daraus die Lehre ziehen, sie nicht mehr in die Abkommen einzubeziehen.
- Der Beschluss über die **vorläufige Anwendung** bei CETA könnte nun auch entsprechend ausgeweitet werden (inkl materieller Investorenschutz).
- Beachtlich ist, dass der EuGH zur **Nachhaltigen Entwicklung** feststellt, dass „*das geplante Abkommen die Liberalisierung der Handelsbeziehungen zwischen der Union und Singapur davon abhängig machen soll, dass die Vertragsparteien ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen in den Bereichen sozialer Schutz von Arbeitnehmern und Umweltschutz erfüllen*“. Vorbehaltlich einer rechtlichen

Überprüfung könnte das bedeuten, dass die Einhaltung dieser internationalen Verpflichtungen die Voraussetzung für Liberalisierungen im Rahmen des EU-Singapur-Abkommens ist. Unklar ist, wie das „soll“ zu verstehen ist, ebenso welche Konsequenzen es für das vorliegende EU-Singapur-Abkommen und alle bestehenden, aktuell in Verhandlung befindlichen und zukünftigen Handelsabkommen hat.

4. Politische Bewertung

Das Gutachten bestätigt, dass CETA in seiner vorliegenden Form auch von allen Mitgliedstaaten der EU zu notifizieren ist. Damit ist auch die Auseinandersetzung in Österreich prolongiert.